

Sicherheit neu denken !

Friedenspolitische Überlegungen angesichts des Krieges gegen die Ukraine

Dr. Christine Schweitzer
Bund für Soziale Verteidigung e.V.
<https://soziale-verteidigung.de/>



Gliederung meines Vortrags

- Kriegsbegründungen Russlands
- Erklärungsversuche des Kriegs aus externer Sicht
- Hätte der Krieg verhindert werden können?

Wie hat es so weit kommen können?

Es ist schwer, die russische Propaganda von den tatsächlichen Zielen zu unterscheiden.

- Wladimir Putin behauptete in seiner TV-Rede, Kiew arbeite an der Entwicklung **strategischer Atomwaffen**. Im März wurde dann die Anschuldigung nachgeschoben, die USA hätten in der **Ukraine Forschung an biologischen Waffen** betrieben.
- Weitere Beschuldigungen in seiner Rede vor Kriegsbeginn waren u.a., dass im Donbas ein **Genozid** stattfinde, die Ukraine **terroristische Anschläge und die Entführung russischer Staatsbürger*innen** plane und de facto eine **Militärbasis der USA** sei, von der aus Mittelstreckenraketen auf Moskau abgefeuert werden könnten.
- Auch die **NATO-Osterweiterung** und die mögliche Aufnahme der Ukraine in die NATO benannte er.
- Die Ukraine werde seit 2014 **von Nazis** beherrscht und müssten „entnazifiziert werden“, behauptete er.
- Und wie schon in seinem Papier vom Juli 2021 behauptete er die **historische Einheit Russlands mit der Ukraine (und Belarus)**. In diesem Papier von 2021, „Über die historische Einheit der Russen und der Ukrainer“, schrieb Putin: „*Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass die gegenwärtige Politik einer gewaltsamen Assimilation, der Schaffung eines ethnisch sauberen ukrainischen Staates, die sich aggressiv gegen Russland richtet, in ihren Folgen vergleichbar ist mit dem Einsatz von Massenvernichtungswaffen gegen uns.*“

Zu der „historischen Einheit“ und dem Verhältnis Ukraine-Russland



Mythos der „Kiewer Rus“ (9. Jh – Mitte 13. Jh)

Umfasste Teile des heutigen Russlands, Ukraine und Belarus.

Die Ukraine in der Neuzeit:

- Ukrainische Nationalbewegung im Zarenreich im 19. Jh.
- 1. Weltkrieg und danach: kurze Unabhängigkeit, dann Sowjetrepublik
- 1933 : Hungernot in Großteilen der UdSSR: Allein in der Ukraine kamen laut der Volkszählungen von 1937 und 1939 3,5 bis 4 Millionen Menschen ums Leben.
- 2. Weltkrieg: „Reichkommissariat Ukraine“
- 1954: Der USSR wird die Krim überlassen, die seit 1921 zu Russland gehört hatte
- 1991: Austritt aus Sowjetunion, Krim wird autonomes Gebiet
- 1986: Tschernobyl-Unfall
- 2004: „Orangene Revolution“
- 2013/14: Maidanaufstand

Die anderen Anschuldigungen: Atomwaffen und biologische Waffen

- Atomwaffen: Dafür gibt es nicht die geringsten Belege. Im Herbst 1991 befanden sich auf dem Territorium der Ukraine insgesamt 176 strategische Interkontinentalraketen mit zusammen 1.240 Atomsprengköpfen. 1993 erklärte sich die Ukraine bereit, auf die Atomwaffen, die aus Zeiten der Sowjetunion bei ihr lagerten, zu verzichten. (Siehe <https://www.atomwaffena-z.info/glossar/u/u-texte/artikel/1530facf5d0eb446e7ab02c2787ac3c4/ukraine.html>)
Mit dem *Budapester Memorandum* 1994 verpflichteten sich die USA, Russland, China, Frankreich, Großbritannien und Deutschland, die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit von Belarus, der Ukraine und Kasachstan zu garantieren, wenn diese im Gegenzug auf den Besitz von Nuklearwaffen verzichten würden.
Bis 1996 wurden alle Atomwaffen Russland übergeben.
- Biologische Waffen: Viele Staaten forschen weiter an ihnen, trotz des weltweiten Verbots, vorgeblich nur, um sich gegen sie verteidigen zu können. Ob das ausgerechnet in der Ukraine direkt an der Grenze zu Russland passierte, klingt nicht plausibel.

Die anderen Anschuldigungen: „Terroristische Anschläge“, Nazis

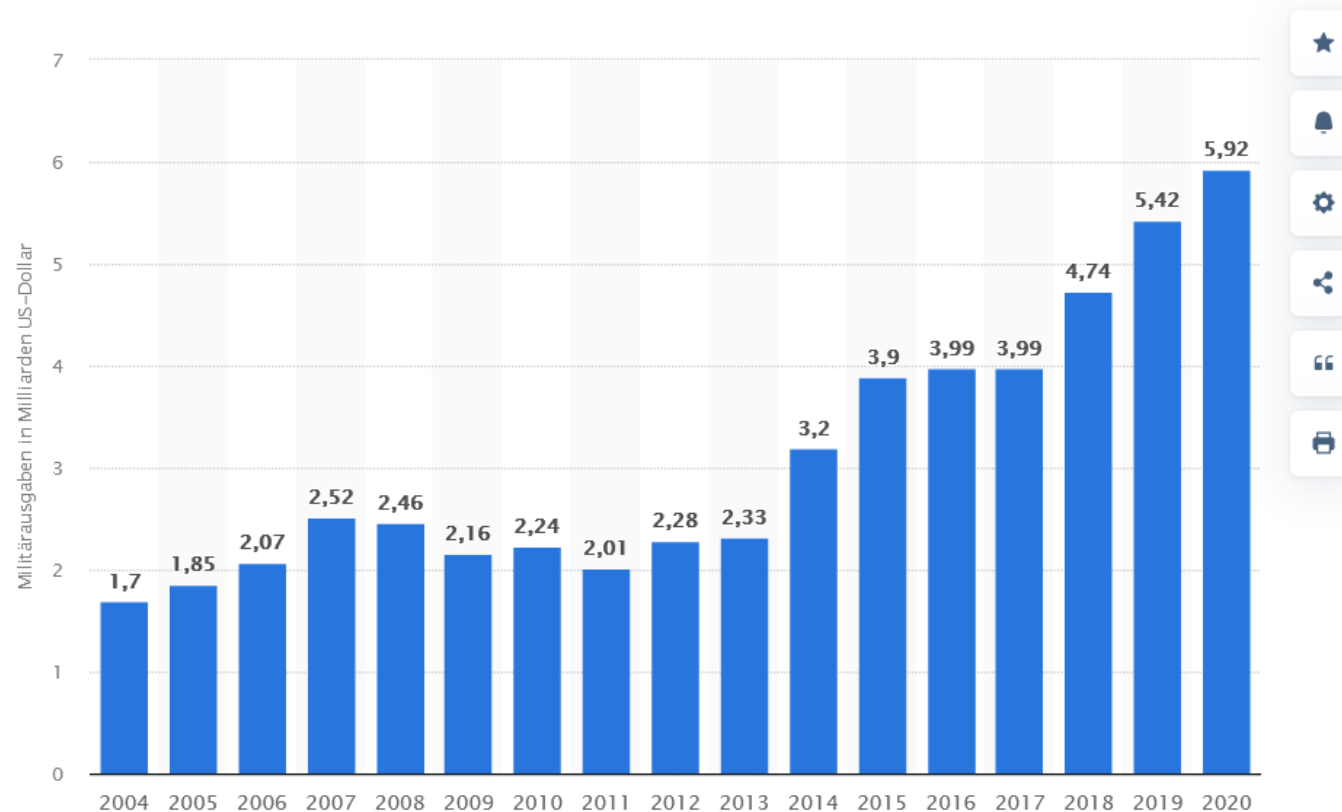
- Kampf gegen Terrorismus macht sich immer gut als Behauptung, seit die USA den „Krieg gegen den Terror“ ausriefen und in seinem Namen zwei Länder überfielen und in mehreren anderen gezielt durch Drohnen vorgebliche „Terroristen“ ermorden.
- Russland behauptet seit 2014, die Ukraine werde von Nazis regiert, die in einem Putsch die alte Regierung unter Wiktor Janukowitsch abgesetzt hätten.
Rechtsextreme haben eine politische Rolle in der Ukraine. Die entsprechende Partei verlor zwar bei allen Wahlen, aber es gibt z.B. das Regiment Asow, das offen Nazi-Symbole trägt/trug und Straßen wurden nach Bandera benannt.
- Umgekehrt wird auf die guten Beziehungen der Putin'schen Regierung zu praktisch allen rechtsextremen Parteien Westeuropas (auch der AfD) verwiesen.

Pläne der Rückeroberung? Militärausgaben der Ukraine

Wirtschaft & Politik › Verteidigung

Militärausgaben¹ der Ukraine von 2004 bis 2020

(in Milliarden US-Dollar²)



© Statista 2022

Die Ukraine hat seit 1991 recht massiv aufgerüstet und es gab ständige bewaffnete Auseinandersetzungen im Donbas. Vielleicht fürchtete Russland einen Angriff auf die Separationsgebiete, so wie es Georgien 2008 in Südossetien vormachte. Von pro-russischer Seite wurden solche Behauptungen aufgestellt.

Quelle:

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/315946/umfrage/entwicklung-der-militaerausgaben-der-ukraine/#professional>

**Erklärungsversuche von außen:
Bedrohungsängste Russlands, drohender Verlust von
Großmachtstatus Russlands nach Zerfall der Sowjetunion,
Schutz des „Hinterhofs“, ökonomische Interessen,
innenpolitische Gründe oder doch ein großrussisches Reich?**

Wenn im Folgenden auf die Mitverantwortung für die Entwicklung des Konflikts durch den Westen und die Ukraine verwiesen wird, so darf das nicht als Rechtfertigung des russischen Angriffskriegs missverstanden werden. Es ist durch nichts zu rechtfertigen, ein anderes Land anzugreifen, seine Menschen zu töten oder in die Flucht zu greifen und ihre Häuser und Hab und Gut zu zerstören. Aber es ist die Aufgabe der Friedens- und Konfliktforschung, nach Gründen und Ursachen zu fragen. Nur, wenn man sie versteht, gibt es auch Möglichkeiten, einen Konflikt zu transformieren und letztlich zu überwinden.

Bedrohungsängste: Historische Erfahrungen


- Russland und die Sowjetunion waren seit Jahrhunderten immer wieder **Ziele von expansionistischen Kriegen**, angefangen von Napoleon 1812 (der erste „vaterländische Krieg“) über den Ersten Weltkrieg bis zum Zweiten Weltkrieg (der „große vaterländische Krieg“), in dem geschätzt 24 Millionen Menschen der Sowjetunion ums Leben kamen, davon über 14 Millionen Zivilist*innen.
- **Abnahme von Dialog und Kooperation in den letzten 20-25 Jahren (schon vor 2014), Aufkündigung von Rüstungskontrollverträgen:** der Ausstieg Washingtons aus dem Vertrag über antibalistische Raketen (ABM), nukleare Mittelstreckenwaffen (INF), unbewaffnete Beobachtungsflugzeuge (Open Sky) und konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE – der 1999 angepasst, aber nicht von der NATO ratifiziert wurde); nach 2014 dann Sanktionen gegen Russland, Stillstand, weitgehende Blockierung in UN-Sicherheitsrat, OSZE und Europarat
- **Drohender Verlust von Großmachtstatus Russlands nach Zerfall der Sowjetunion**

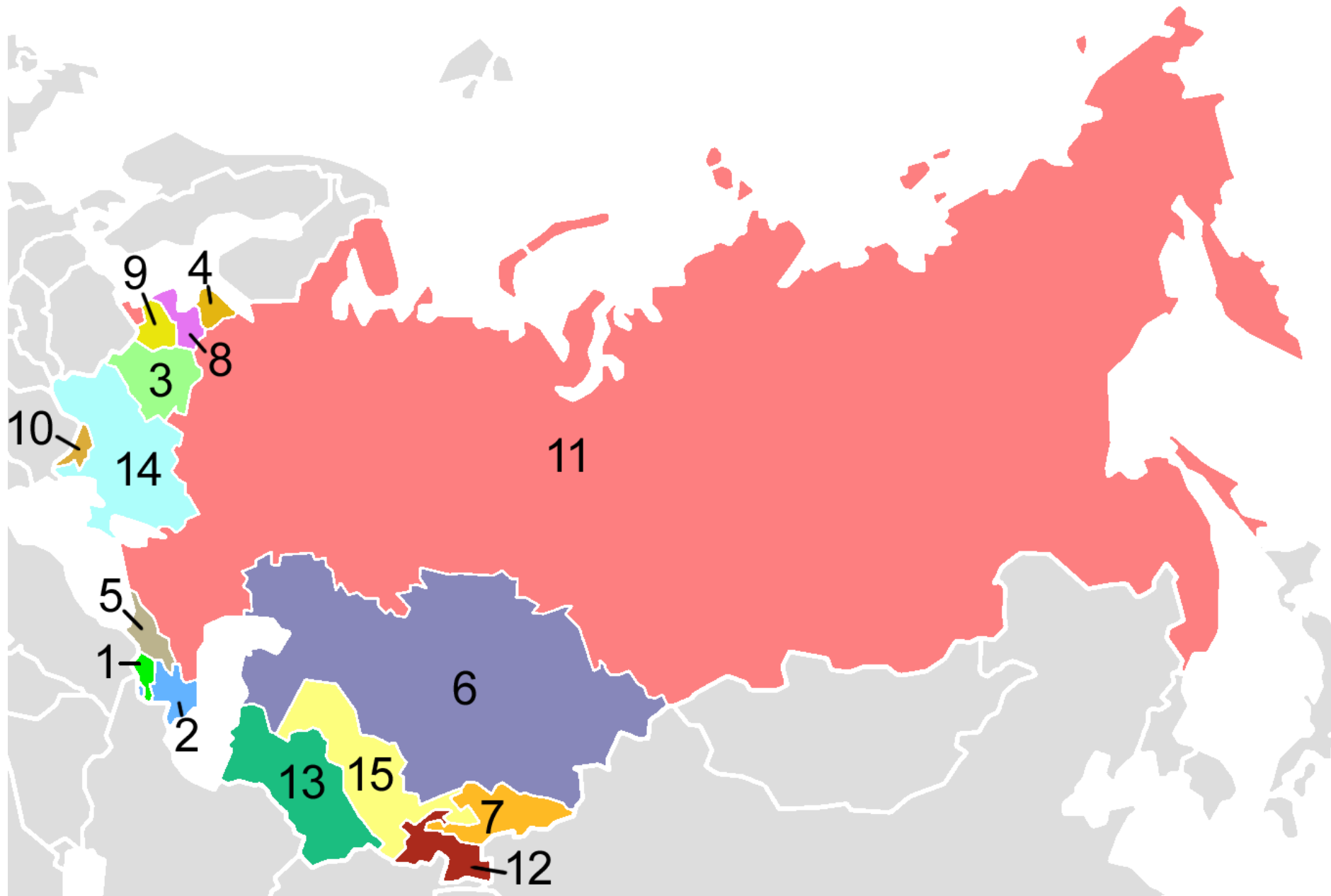
Bedrohungsängste: NATO-Osterweiterung

- Die russische Regierung verweist immer wieder darauf, dass in den „2+4“ Gesprächen, in denen die Wiedervereinigung Deutschlands möglich gemacht wurde, US-Außenminister James Baker, Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher bei ihren Moskauer Gesprächen mit Michail Gorbatschow und Eduard Schewardnadse am 8./9. und 10. Februar 1990 mündlich das Versprechen gegeben haben, die NATO nicht nach Osten zu erweitern. Der Journalist Andreas Zumach hat dazu verschiedene Quellen zusammengetragen, die es plausibel machen, dass dieses Versprechen – das Politiker*innen heute gerne leugnen - tatsächlich gegeben wurde, auch wenn es seltsam anmutet, dass diese Vereinbarungen nicht verschriftlicht wurden. Es muss allerdings auch angemerkt werden, dass Russland zumindest die erste Erweiterungswelle der NATO scheinbar akzeptierte: 1997 unterzeichnete Russland die NATO-Russland-Grundakte. Im gleichen Jahr wurden auf dem NATO-Gipfel in Madrid Polen, Tschechien und Ungarn Beitrittsverhandlungen angeboten. Das müsste Russland bei der Unterzeichnung der Grundakte bekannt gewesen sein. Osterweiterung in Bezug auf ehemaligen Ostblock war zu Ende 2004 mit Beitritt von Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei und Slowenien, nachdem 1999 schon Polen, Tschechien und Ungarn beigetreten waren. (2009: Albanien und Kroatien; 2017: Montenegro, 2020: Nordmazedonien)
- 2008 begann die NATO auf ihrem Gipfel im April, Georgien und der Ukraine grundsätzlich einen Beitritt in Aussicht zu stellen, auch wenn das nie wirklich Konsens war. (15) 2020 und 2021 unternahm die NATO Schritte, die Ukraine näher an sich zu binden: Im Juni 2020 wurde sie als „**Enhanced Opportunities Partner**“ anerkannt und nahm das Ziel der NATO-Mitgliedschaft in ihre Verfassung auf. Als NATO-Partner hat die Ukraine Truppen für Operationen der Alliierten bereitgestellt, darunter in Afghanistan und im Kosovo. Seit 2021 erhielt sie Unterstützung im Rahmen des „**Individual Partnership Action Plan**“, der die Zusammenarbeit nochmal vertieft und vom NATO-Gipfel im Juni 2021 als Schritt des Prozesses zur Mitgliedschaft bezeichnet wurde.

Schutz des „Hinterhofs“

(Begriff zuerst für US-Politik in Zentral- und Südamerika geprägt, s. Nicaragua, El Salvador, Kuba, Putsch Chile, Panama usw.)

- Nach 1991 hat Russland sich vor allem in den Nachbarländern, die der Sowjetunion angehört hatten und sich nicht der westlichen Allianz anschlossen, immer wieder eingemischt. 2002 wurde das Verteidigungsbündnis „Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit“ (OVKS) gegründet. Ihm gehören neben Russland Armenien, Belarus, Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan an. 
- In Georgien, von dem sich in einem Bürgerkrieg nach der Unabhängigkeit des Landes zwei Regionen, Südossetien und Abchasien, abzuspalten suchten, hatte Russland Peacekeeping-Truppen stationiert. 2008 griff Georgien Südossetien mit der Absicht an, es zurückzuerobern; Russland gewann die kurze militärische Auseinandersetzung. Russische Truppen sind weiterhin dort stationiert; das gleiche gilt für Abchasien. (17)
- Dazu kommt die militärische Unterstützung der syrischen Regierung, bei der es wohl auch um den Erhalt eines Marinestützpunktes Russlands (Tartus) am Mittelmeer geht.



CC BY-SA 3.0,
<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=109604>

Staaten nach dem Zerfall der Sowjetunion:

Fortsetzerstaat:

11. Russische Föderation

Ehemalige Unionsrepubliken, die ihre staatliche Unabhängigkeit erklärten und wiedererlangten :

4. Estland

8. Lettland

9. Litauen

Nachfolgestaaten:

1. Armenien

2. Aserbaidschan

3. Belarus

5. Georgien

6. Kasachstan

7. Kirgisistan

10. Moldawien (Moldau)

12. Tadschikistan

13. Turkmenistan

14. Ukraine

15. Usbekistan

blau: Mitglieder der OVKS
 (Org. für kollekt. Sicherheit)

Ökonomische und innenpolitische Interessen?

Sie werden bei den vergangenen Angriffskriegen durch NATO-Staaten immer (und zu Recht) vermutet. Gilt das auch für Russland? Kaum zu erkennen.

Innenpolitik: Brauchte die Regierung Putin einen Krieg, um ihre Opposition weiter unterdrücken zu können? Das tat sie schon vor dem Krieg, besonders in den letzten Monaten. Ob ein „rally around the flag“-Faktor aufgrund der Sanktionen bewusst eingeplant wurde, wäre pure Spekulation.

Folgerung aus all dem Gesagten

Es ist seltsam, dass so viel gerätselt werden muss. Normalerweise sind Kriegsgründe etwas, was sehr klar und unmittelbar offensichtlich ist, und Propaganda von Motivationen leicht zu trennen.

Es scheint um eine Kontrolle eines Teils der Ukraine, der an Russland angrenzt und als eher „russisch“ als der Westen galt, zu gehen, und um einen Sturz der Regierung in Kiew, nicht um die Besatzung und dauerhafte Beherrschung des gesamten Landes. →

Gründe mögen gewesen sein: Konsolidierung des eigenen „Hinterhofs“ und Wiederherstellung des Großmachtstatus, Verhinderung des NATO-Beitritts der Ukraine und evtl. eines möglichen ukrainischen Angriffs auf den Donbas.

Vielleicht war ursprünglich auch ein Ziel, die NATO „vorzuführen“ und ihr ihre Grenzen aufzuzeigen.

Warum aber jetzt der Angriff? War er lange geplant? Oder fiel die Entscheidung erst wenige Tage vor dem Angriff?

Ein eindeutiger Trigger, wie man ihn oft bei eskalierenden Konflikten beobachten kann, lässt sich im Februar 2022 nicht ausmachen, was wohl eher für die erste Annahme spricht.

Die „Unabhängigen Volksrepubliken: Die Karte vom Kampfverlauf scheinen eine deutliche Sprache zu sprechen

Quelle:
<https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/politik/krieg-in-der-ukraine-wo-die-front-verlaeuft-1.898286/?reduced=true>



War der Krieg also alternativlos? Oder hätte er verhindert werden können?

Sicherheitspolitische Realpolitik	Alternativen
<p>Erosion völkerrechtlichen Handelns:</p> <ul style="list-style-type: none">- Kosovo 1999- Afghanistan 2001- Irak 2003- CIA-Drohnenangriffe im „Krieg gegen den Terror“- Libyen 2011- Syrien 2012 ff	<p>Keine Kriegshandlungen durch NATO oder „Koalitionen der Willigen“ oder Russland/Iran (Syrien)</p> <p>Stattdessen:</p> <ul style="list-style-type: none">- Kriegsprävention durch Einbeziehung aller Akteure in Verhandlungen, Vermittlungen und Beschlüsse- Friedenslogik statt Kriegslogik- Strafrechtliche Verfolgung von Terroristen statt „Krieg gegen den Terror“- Friedensprozesse im Nahen und Mittleren Osten
NATO-Osterweiterung	<p>Verzicht auf NATO-Osterweiterung oder mit intensivem Dialog zu verbinden</p> <p>Verzicht auf Aufnahme von Ukraine und Georgien</p>
Krim und Donbas 2014 ff	Mehr Druck und Ermutigung bezüglich vollständiger Umsetzung

Innenpolitik der Ukraine	Ukraine als Staat von ukrainisch- und russisch-sprachigen Menschen <ul style="list-style-type: none"> • Verzicht auf national(istische) Maßnahmen wie Abschaffung von Russisch als Amtssprache 1991; Neues Sprachengesetz 2019, das ab Januar 2022 umgesetzt wird • Keine Denkmäler für ukrainische Nazis wie Stepan Bandera • Kein Asowsches Regiment
Aufrüstung der Ukraine	<p>Keine Aufrüstung, stattdessen Politik der guten Nachbarschaft mit Russland</p> <p>Entwicklung von Konzepten Sozialer Verteidigung (Gute Voraussetzungen: Erfahrungen mit zivilem Widerstand; gemeinsame Sprache; geringe Motivation der russischen Soldaten; Unterstützung aus Ausland)</p>
Zunehmende außenpolitische Isolation Russlands vor 2022	<p>Keine oder geringe Sanktionen</p> <p>Mehr Dialog statt Abbrechen von Dialog</p> <p>Sicherheitsgarantien</p>

Und jetzt?

Sicherheitspolitische Realpolitik	Alternativen
100 Mrd. Sondervermögen, Vergrößerung NATO-Präsenz in Osteuropa, neue Rüstungskäufe	Abrüstung statt Aufrüstung, KEIN Sondervermögen, Kein FCAS, keine F-35, keine bewaffneten Drohnen usw., keine Kürzung Entwicklungshilfe Soziale Verteidigung als Alternative für NATO
Sanktionen und Isolation Russlands, Waffenlieferungen an die Ukraine	Klaren Endpunkt der Sanktionen benennen: Sobald Russland sich aus ukrainischem Territorium zurückgezogen hat „Offene Städte“ in der Ukraine Unbewaffnete Friedensmission für Donbas Referendum für die Krim mit Abstimmungsrechten für alle, die 2014 dort gelebt haben.
	Trennen für Russland: Regierung und Zivilgesellschaft; mit Zivilgesellschaft Kooperation fortsetzen oder verstärken
	Asyl für KDVer aus Russland und Belarus (und für Ukrainer)
	Kriegspropaganda stoppen <ul style="list-style-type: none">- Behauptungen, die vermutlich nicht zutreffen, z.B. zu Giftgasbesitz oder biologischen Waffen Russlands- Putin als „Der Böse“- Übergriffe auf (vermeintlich) russisch-stämmige Menschen in Deutschland
	Werte weltweit denken: <ul style="list-style-type: none">- Andere Kriege nicht vergessen